



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

# **Der Sturz der Mittelmächte**

**Nowak, Karl Friedrich**

**München, 1921**

Die Mündigkeit der Völker

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-84190](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-84190)

DIE MÜNDIGKEIT  
DER VÖLKER







Niemand in der österreichisch-ungarischen Monarchie hatte, seit Kaiser Karls Manifest erschienen war, noch irgend Einfluß oder Macht über den Einbruch von Ereignissen: die alte Staatsautorität, seit dem Regierungsantritt des Herrschers durch manchen übereilten Akt bedenklich untergraben, aber immerhin noch eine Gewalt oder doch der Anschein einer Gewalt, die offenen Aufruhr und Auflösung bisher verhindert, überdies dem heimatfernen Heer noch einen Begriff gelassen hatte, für den es im Feuer stand, — die alte, zusammenfassende Staatsautorität lag, vom Throne selbst her, in viele Stücke zerschmettert. Der Glaube der Regierenden war gewesen, daß die Völker des weiten Reiches das Freiheitsgeschenk in Jubel empfangen und in Dankbarkeit an eine Neueinrichtung schreiten würden, in der die Brüderlichkeit der neuen Staaten ein verjüngter Kraftquell und jeder Bundesstaat ein neuer, stolzer Pfeiler des allen gemeinsamen Habsburgerthrones werden sollte. Der Glaube war, daß die alte Staatsmaschine noch ruhig weiter Dienste tun werde, bevor man sie endgültig ins Ausgedinge tat, Dienste für alle gemeinsam, indes jeder für sich unter wohlwollendem Zusehen der Regierung sich besondere Zukunft baute: unerläßliche Dienste für alle nach außen, da man schließlich noch im Kriege stand und die Gegner die Waffen nicht um der feierlichen Handlungen willen fortwerfen würden, die gerade jetzt in der Monarchie eingeleitet waren. Immerhin: das große Wagnis war unternommen.



„So möge unser Vaterland, gefestigt durch die Eintracht der Nationen, die es umfaßt, als Bund freier Völker aus den Stürmen des Krieges hervorgehen. Der Segen des Allmächtigen sei über unserer Arbeit, damit das große Friedenswerk, das wir errichten, das Glück aller meiner Völker bedeute“ — —

Es war das Schlußwort des kaiserlichen Manifests. Jetzt hatten die mündig erklärten Völker zu reden.

Ihre Führer hatte Freiherr von Hussarek noch am 16. Oktober zu einer Zusammenkunft berufen, nicht um ihr Einverständnis mit dem Staatsakt vor der Veröffentlichung zu gewinnen, sondern nur, um sie mit seinem Inhalte vertraut zu machen. An die Polen war kein Ruf ergangen: sie zählte der Minister nicht mehr zu Oesterreich. Die Tschechen lehnten die Einladung ab. Sie erschienen nicht. Die Südslawen stellten sich zwar ein: um ihren Protest gegen die Pläne der Regierung auszusprechen. Sie sahen jetzt schwarz auf weiß die verbürgte ungarische Integrität, die ihr Programm nicht dulden wollte, und sie sahen die Erklärung Triests zum Reichshafen, den sie ausschließlich für sich beehrten. Freiherr von Hussarek konnte in keinem Falle sagen, daß seine Mitteilungen mit Begeisterung aufgenommen wurden. Denn auch die deutschösterreichischen Parteien begegneten ihm mit Zurückhaltung. Aber der Staatsakt war vollzogen. Sein Text lief jetzt durch alle Welt.

Schon die nächsten Tage brachten, wenn der Ministerpräsident ihrer noch bedurft hätte, Klarheit über die Meinungen aller Nationen. Gegen das Manifest des Kaisers stellte der „Tschechische Nationalrat“ sein eigenes Manifest. Er beharrte darauf, daß „die böhmische Frage“ keine österreichische, vielmehr eine internationale Frage geworden sei. Die Manifeste überstürzten sich. Der „Süd-



slawische Nationalrat“ verkündete aus Agram die Botschaft, daß er die im Kaisermanifest „zugebilligte Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes nicht zur Kenntnis nehme“ und forderte den „Nationalstaat auf allen Territorien, wo Slowenen, Kroaten und Serben wohnen“. In Lemberg proklamierte die „Ukrainische Konstituante“ den „unabhängigen ukrainischen Staat, der sich über alle ethnographisch-ukrainischen Gebiete erstreckt“. Sie machte dabei auf dem Gebiete der Monarchie nicht Halt, denn auch außerhalb ihrer Grenzen wohnten Ukrainer. Nichts hörte man von den Polen. Auf polnischem Gebiet war die „K. u. k. Militärverwaltung“ schon zwei Tage vor dem Manifest aufgehoben worden. Die Polen sahen ihr Reich geborgen. Die Italiener österreichischer Staatszugehörigkeit meldeten sich wohl zum Wort: sie lehnten die Gründung eines Nationalrats ab. Sie hatten keinerlei Interessen. Ihr Standpunkt war, daß zu ihnen der Kaiser überhaupt gar nicht gesprochen haben konnte. Sie zogen es vor, zu warten, statt zu erklären.

Die deutschen Parteien waren zur „Bildung vollkommen selbständiger und voneinander unabhängiger Nationalstaaten“ zunächst bereit. Die Proklamation der „Deutschösterreichischen Nationalversammlung“ begründete am 21. Oktober den „Deutschösterreichischen Staat“. Er hätte „sämtliche Siedlungsgebiete der Deutschen in Oesterreich“ zu umspannen. Sozialistische Stimmen forderten die Republik. Einen Tag später erhoben Prager Sozialisten den gleichen Ruf für die Tschechoslowakei. Aber die deutschösterreichische Staatsform blieb noch offen.

So viel stand fest: eigentlich alle Nationen hatten das Manifest des Kaisers abgelehnt. Sie wollten keinen Staatsbau versuchen mit österreichischer Vollmacht. Die ihn dennoch unternahmen — die Deutschen —, sahen die Zukunft unsicher. Klar war nur eines: Oesterreichs Zerfall.



Der alte Staat arbeitete freilich noch. In den Kabinetten saßen die Minister. Im Reichsratsgebäude auf dem Wiener Ring erschienen die Abgeordneten wie sonst. Vielleicht hatte Freiherr von Hussarek darum noch den Glauben — oder er tat so —, als ob sie mit ihm oder mit dem Professor Heinrich Lammasch, den alle Welt als seinen Nachfolger zur Reichsliquidation schon offen bezeichnete, in Eintracht die genaueren Linien von Neuösterreich beraten würden. Alle alten Kanzleien arbeiteten, indes die Völker die Einrichtung ihrer Sonderkanzleien begannen. Manchmal gab es Zwischenfälle. Aber wenn der Krakauer Eisenbahndirektor nur mehr auf Befehle des selbständigen polnischen Staates hören wollte, so entfernte ihn vorläufig der österreichische Ministerpräsident sofort. Noch war es nicht nötig, auf die Militärdiktatur wirklich zurückzugreifen, die der Kaiser etwa in den unruhigen Streiktagen der Brest Litowsker Friedensverhandlungen erwogen hatte, deren Entwurf seit damals fertig lag und die den verlässlichen, entschlossenen Armeekommandanten Fürsten Schönburg zügellos gewordenen Völkern entgegenstellen wollte. Denn im ganzen röchelte die abgebrauchte Staatsmaschine nicht einmal zu sehr. Sie lief sogar, wie nach Entspannung, fast reibungslos. Denn niemand kümmerte sich um sie. Sie trieb ihr Tagwerk: die Völker das ihre. Die Staatsmaschine lief und trieb, eine mahlende Mühle ohne Korn, klappernd ins Leere.

Die wichtigste Abteilung der „Kanzleistelle“ — niemand nannte den österreichischen Staatsapparat mehr anders als mit dem ironischen Wort des Sozialisten Renner — war sicherlich noch das Ministerium des Aeußeren. Dort wartete Graf Burian auf Wilsons Antwort, die ihm in der amerikanischen Note an Deutschland seit Mitte Oktober angekündigt war. In den „Ungarischen Delegationen für auswärtige Angelegenheiten“ hatte er damals, gleich auf



Grund der Wilsonschen Ankündigung, ein „Exposé“ verlesen, das dem Präsidenten der Vereinigten Staaten unerschütterliches Vertrauen ausdrückte. Der Minister hatte das nahe Ende aller kriegerischen Schrecken angesagt. Das Schicksal Deutschlands hatte er, da es die Entscheidung über Krieg und Frieden an das Volk gegeben und den Präsidenten auf solche Art zufrieden gestellt hätte, nicht mehr trostlos zu nennen vermocht. Ueberhaupt schien es auch jetzt noch für den Außenminister kaum ein Problem zu geben, dessen Lösung sich nicht erfüllen würde. Von der „austropolnischen Lösung“ war er, wie immer, ganz durchdrungen. Im Delegationsausschuß wies er den Vorwurf kühl zurück, daß er in einem Kriege, der alle zum „Umlernen“ gezwungen hätte, als einziger nicht umgelernt hätte. Umgestaltung der Monarchie und Friedensmöglichkeit: beide sah Graf Burian nur günstig. Allerdings wußte er sich dann in der Wilsonschen Sondernote vom 19. Oktober nicht ganz zurechtzufinden.

Der Präsident der Vereinigten Staaten sprach über das schwedische Ministerium des Aeußeren zur österreichisch-ungarischen Regierung mit doppeltem Sinn. Die für die Monarchie wichtigste Bedingung seiner vierzehn Friedenspunkte vermöchte er nicht mehr aufrecht zu erhalten. Die dort für die österreichisch-ungarischen Völker geforderte Autonomie sei inzwischen durch amerikanische Staatsakte überholt. Die Vereinigten Staaten hätten die Bundesgenossenschaft mit den Tschecho-Slowaken, überdies die Gerechtigkeit der südslawischen Freiheitsbestrebungen in weitestem Umfang anerkannt. Nicht der Präsident, vielmehr nur die Völker der Monarchie selbst könnten darüber Richter sein, „welche Maßnahmen der österreichisch-ungarischen Regierung ihre Aspirationen und Rechte“ befriedigen werde — —



Wenn Graf Burian wollte, konnte er die Wilsonsche Antwort so verstehen, daß der Präsident das österreichisch-ungarische Völkerthema nicht auf dem kommenden Friedenskongreß erörtert wünschte. Die österreichisch-ungarische Regierung selbst sollte sich mit ihren Völkern einigen. Der Pazifist Lammasch neigte solcher Deutung zu. Sie schonte den Bestand der Monarchie, die in anderer, neugeborener Freiheitlichkeit fortleben konnte. Eigentlich hatte gleiches Ziel — nur daß es auf verfassungsmäßige Wege verwies — auch das kaiserliche Manifest erstrebt. So durfte man vielleicht wirklich den Schiedsspruch aus Washington nicht ganz ungünstig nennen. Aber mit dem gleichen Atemzuge erklärte der Präsident, daß er über die aufgeworfenen Probleme mit der österreichisch-ungarischen Regierung schon deshalb gar nicht verhandeln könne, weil er Rücksichten auf Bundesgenossen zu üben hätte, auf Tschecho-Slowaken und Jugoslawen. Bundesgenossen wollte er nicht vorschreiben, womit sie sich zufrieden gäben. Auch war es darnach fraglich, wie er überhaupt Bundesgenossen, die er einmal als solche bezeichnet hatte, von der Friedenskonferenz auszuschneiden vermöchte. Näher schien die Auslegung, daß er dort jene österreichisch-ungarische Regierung schweigen heißen würde, der er selbst eine Ordnung zu finden gebot. Wobei er noch die Auffassung vertrat, daß seine Bundesgenossen die Ordnung zu diktieren hätten. Die zweite Auslegung der Note war, daß der Präsident die österreichisch-ungarische Regierung überhaupt als verhandlungsfähig nicht mehr anerkannte. Daß er nur mehr mit den mündig gewordenen Völkern rechnete, die zum Teil mit ihm im Bunde waren. Und daß er für sie und vor ihnen die Kapitulation des Reichs verlangte.

Am Ballhausplatz mochte Graf Burian jetzt selbst über



Antwort und Interpretationen klügeln. Die akklamierten Völker triumphierten indes, daß in Wilsons Entscheidung „der Sieg der Freiheitsidee unbestreitbar“ geworden sei. Sie entdeckten keine Auffassung, nach der sie sich mit der österreichisch-ungarischen Regierung zu einigen hätten. Sie zitierten die „Bundesgenossenschaft“ und „Anerkennung als kriegführende Macht“. Einfach waren daraus die Ableitungen: alle Verhandlungen wären „mit der bereits anerkannten Regierung in Paris zu führen“. Einen einzigen Augenblick lang hatten die Slawen geschwankt. Wenn der „Deutschösterreichische Staat“ mit ihnen über Gebietsgrenzen verhandeln wollte, so ließe sich darüber reden. Erst müßte freilich die österreichische Regierung, von der sie dies forderten — obgleich sie vorgaben, keine Gespräche mehr mit ihr zu haben —, die tatsächliche Macht in die Hände der slawischen Staaten legen. Sie müßte die tschecho-slowakischen, jugoslawischen, polnischen Regimenter in ihre Heimat verlegen. Beide Anregungen schienen mehr Lockung als Wille zur Versöhnung. Gleich darauf verzichteten die Sprecher der Slawen auch wieder auf jede weitere Annäherung. Schließlich hätte die die Friedenskonferenz allein das entscheidende Wort. Selbst die Deutschen in Oesterreich sprachen jetzt von der „Unmöglichkeit, mit den übrigen nationalen Staaten zu einem Bundesverhältnis zu gelangen“. Sie wollten sich für solchen Fall das Recht des Anschlusses an Deutschland wahren.

Zwei Staatsakte hatten das alte Reich erschüttert. Das Völkermanifest des Kaisers hatte das Recht der Selbstbestimmung gewährt. Zu Aufbau und Stütze. Aber die Aufforderung hatten alle verworfen. Die Antwortnote Wilsons verkündete das gleiche Recht für eine neue Völkerfamilie als ethische Forderung, die er freilich als furcht-



barste Waffe erst gegen den Feind ausspielte. In der Wirkung strömten beide Akte ineinander. Und von Oesterreich zunächst nach Ungarn.

Michael Karolyi stand dort in der Opposition. Seine Forderungen hatte er Tag um Tag ins Land gerufen. Von ihnen hallten das Abgeordnetenhaus, die Klubs der Hauptstadt wider. Die Stimmung der Menge wühlte Karolyi tief auf. Sein Kampf galt dem System von gestern, das er noch heute auf der Tribüne der Regierenden sah. Er wollte sie fortfeigen. Die erwachte Nation hatte nichts mehr mit ihnen zu tun. Aus den „Ungarischen Delegationen“, die noch als Rumpfstück des abgetanen Dualismus dastanden, war er schon am Tage vor der Unabhängigkeitserklärung ausgewandert. Er hatte römische Gleichnisse gebraucht und dann mit seiner Partei die „Sezession“ vollzogen. Seine Adresse an den König wiederholte er, verschärft und dem rasenden Tempo der Tage nach seinen leidenschaftlichen Wünschen angepaßt, jetzt dem Ministerpräsidenten diktatorhaft. Ihn selbst gedachte er zu stürzen. Was immer er sprach, undeutlich mit künstlichem Gaumen, sprach er leichenblaß. Seine Augen flackerten. Rotumrändert. Wilsons Friedensbotschaft verkündete er dennoch mit dem eisgewordenen Feuer des französischen Revolutionärs — —

„Das Vaterland ist in Gefahr. Alle hier müssen die große Verantwortung fühlen, die in diesem Augenblicke auf ihnen ruht. Unmöglich kann es einen Ungarn geben, der nicht aufschreit, wenn er die Botschaft Wilsons hört — —

„Die schwerste Unterlassungssünde der Regierung ist, daß sie die verflossenen zehn Tage nicht zur Regelung der Nationalitätenfrage benutzt hat — —

„Die Stunde des Handelns ist auch gekommen, um Un-



garns Unabhängigkeit auszusprechen, und zwar lieber heute als morgen — —“

Er schrie nach dem ungarischen Nationalheer. Nach der Heimberufung der Soldaten. Nach dem König, der in kritischer Zeit nach Budapest gehöre. Ein ungarischer Außenminister sei sofort mit staatsmännischer Wirksamkeit nur für das Königreich zu bekleiden. Das Bündnis mit Deutschland stände im Gegensatz zum Weltbunde: Ungarn hätte es zu lösen. Und allzu spät komme der Beschwichtigungsversuch, den der Premier mit mattem Zugeständnis den Nationen in unberührten Grenzen zugesagt. Denn von der „Unversehrtheit des Landes“, die er selbst noch in der Adresse an den König ausgerufen hatte, sprach Karolyi nicht mehr. Jetzt war die ganze Unabhängigkeit der südslawischen Nation, wenn sie nur einen Zugang zum Meer gewährte, das Gebot der Stunde. Alles hatte die Lässigkeit der Regierung verschuldet. Der Krieg hätte sie kompromittiert. Niemand schlosse mit ihr Frieden — —

„Die Regierung muß zurücktreten“ — —

„Und sollte das Kabinett noch immer nicht handeln wollen: ich werde zu handeln wissen“ — —

Seine Leidenschaft tobte. Vor Tagen hatte der Abgeordnete Juriga den „Nationalrat der Slowaken“ angemeldet. Das Haus hatte ihn verlacht. Vom „Recht auf Selbstbestimmung der Rumänen“ hatte der Abgeordnete Vaida gesprochen. Das Haus hatte ihn verhöhnt. Geschwiegen hatten die Ruthenen. Denn im Palast der ungarischen Abgeordneten war bisher für sie kein Platz. Noch leugnete die Mehrheit dieses magyarischen Hauses, starr in der Ablehnung auch jeden freiheitlichen Wahlrechts, daß es überhaupt eine ungarische Nationalitätenfrage gab, in der vor allem die Nationen selbst mitzureden hätten. Die Regierung lobte die schwäbischen Bauern,



die eine Stimme für die Unteilbarkeit des Landes geschickt hatten. Denn diese versprengten Deutschen wollten lieber noch bei den Ungarn, als bei den Serben sein. Und dem Fiumaner Abgeordneten Ossoinack, der gegen die Kroaten auftrat, weil sie die italienische Stadt für sich beanspruchten, bestätigten Haus und Regierung sofort, lateinisch feierlich im Ausdruck pragmatischer Zeit, daß der Zankapfel ein „Corpus Separatum der ungarischen Krone“ sei. Aber wer magyarische Vorherrschaft jetzt abwerfen wollte, die namenlosen Klassen, deren Mund stumm zu sein hatte bisher im politischen Kampf, horchte auf den Freiheitsruf Michael Karolyis, der die Wilsonbotschaft zu den Stämmen, den Bauern und Arbeitern trug. Er flammte von radikaler Demokratie. Er flammte für Ungarns Selbständigkeit. Sein Ruf lief ins Reich: „Freiheit und Vaterland“. Selbst Apponyi, Andrassy, Batthiany, Magnaten mit der Regierung im Kampf, standen und lauschten verwirrt. Vor Karolyis Radikalismus erschrecken sie. Sie waren nicht Volkstribune, nicht Mirabeau oder fast Danton auf französischem Tribunal. Vieles befahdeten sie. Aber um Ungarns willen, das allein in ihren Herzen glühte, um Ungarns willen, das auch Karolyi mit jener andern Freiheit und Selbstbestimmung, die sie nicht ganz billigten, auf den Schild gehoben hatte, konnte es Augenblicke geben, da alle Unabhängigkeitspolitiker, die radikalen, wie die gemäßigten Gruppen ungarischer Opposition, dem Propheten sich näherten. Indes er selbst zu ungeahnter Macht aufstieg — —

Jeder auch unter den Regierenden spürte die Gefahr, die von ihm kam. Ministerrat und Kronrat berieten am 21. Oktober in Wien über den Gesetzesentwurf, den drei Tage zuvor Karolyis Antrag über die Ernennung eines Sonderministers für Ungarns auswärtige Angelegenheiten gefordert hatte. Und Dr. Wekerle, nach Tizsas gleicher



Forderung noch magyarischer als sonst, sprach sich für den Entwurf aus. Der Nation hatte der Premier am 16. Oktober vor den Abgeordneten die Personalunion mit Oesterreich, das Ende der dualistischen Monarchie angekündigt. Jetzt begann er, die Ankündigung durch gesetzgeberische Akte der Erfüllung zu nähern.

Schwer waren im Ministerrate die Bedenken Baron Spitzmüllers gegen den Gesetzentwurf. Die Trennung der beiden Reichsteile sah er als den letzten, besiegelten Zerfall des Ganzen. Ihn, der sein Wort als gemeinsamer Finanzminister, zugleich als Verwaltungschef der Reichslande vor dem Kaiser und bei den Zusammenkünften der Regierungsmitglieder führte, hatte zwar erst kürzlich der Außenminister Graf Burian und der ungarische Premier der politischen Mitverantwortung entkleiden wollen. In der Konferenz des 2. Oktobers, die sich im Zusammenhang mit der bevorstehenden Annahme von Wilsons „14 Punkten“ auch mit der staatsrechtlichen Zukunft der Reichslande beschäftigen mußte, hatten sie ihm lediglich das eine Recht zugestehen wollen: den Kaiser und König, zugleich die beiden Regierungen über politische Entwicklungen oder Zustände zu unterrichten. Sein Amt bedeute in der Hauptsache ein Verwaltungsamt. Noch zum Oktoberbeginn 1918, da Freiherr von Hussarek in harten Zusammenstößen mit Dr. Wekerle bereits über die Lösung des Südslawenproblems zu verhandeln suchte, vierzig Jahre nach der Besetzung, zehn Jahre nach der Annexion Bosniens und der Herzegowina, war die Frage völlig ungeklärt, ob der Minister für die südslawischen Reichslande Mitspruchsrecht und Mitverantwortung hatte. Oder ob er „in Sachen der hohen Politik“ ausgeschaltet war. Das Unklare hatte Baron Spitzmüller besser spät geklärt wissen wollen als nie. Er hatte um die Rechte seiner Stellung gekämpft, die er als Pflichten ansah. Er besaß seit seinem Amtsantritt (7. Sep-



tember 1918) die kaiserliche Zusage, daß in allen staatsrechtlichen Entscheidungen der Monarchie auch er — ein gemeinsamer Minister, wie die anderen — mitangehört werde. Jetzt meldete er seinen Rücktritt an, wenn Kardinalentscheidungen nicht in größter Sorgfalt im Rate aller gemeinsamen Minister geprüft, nicht mit ihrer aller Kenntnis gefällt würden. Die königlich ungarische Regierung lege sich vor ihrer Nation durch völlig einseitige, schlagwortartige Erklärungen fest, deren Tragweite dann bei dem Einlösungsruf durch die Parteien gar nicht zu übersehen sei. Verhängnisvoll für das Gesamtgefüge des Reiches sei die schon vor seinem Amtsantritt abgegebene Ankündigung über die Trennung der Armee gewesen. So wenig wie dies Thema seither aus der ungarischen Öffentlichkeit verschwunden sei, so wenig würden fortan die ungarischen Rufe nach Personalunion und dem Sonderminister für auswärtige Angelegenheiten verstummen. Er sei sich dringender Wandlungsnotwendigkeit — dies hatte er schon am 2. Oktober erklärt — in der Struktur des Reiches bewußt. Den Uebergang vom österreichisch-ungarischen Dualismus um der Südslawen willen zum Trialismus erwarte er als unaufhaltsam, auch wenn er die heraufziehenden magyarischen Gewitter erkenne. Aber die „Pragmatische Sanktion“, die seit dem 19. April 1713, da Karl VI. sie erlassen hatte, das habsburgische Reich in starkem Rahmen und starker Einheit bewahrt hätte, müsse der unangetastete Grundbau auch in einer kommenden Dreieinheit der Monarchie bleiben. Alle die Ankündigungen der Ungarn: die „Trennung der Armee“ — die „Personalunion“, deren Lösungswort man gleich leichtsinnig hinausgerufen, wie das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“, ohne ihren Inhalt zu bezeichnen und zu begrenzen — das „unabhängige Ministerium des Aeußeren“: all diese Ankündigungen erschütterten an sich schon das habsburgische



Staatsgrundgesetz. Und stürze das Gesetz, so stürze das Reich. Der habsburgische Staat stehe in historischer Krise.

Der ungarische Premier hatte den Gesetzentwurf gelesen. Er versicherte an der Spitze feierlich und ausdrücklich die Aufrechterhaltung der „Pragmatischen Sanktion“. Gleich darauf forderte er die Trennung der Armee. Er forderte für Ungarn die Einrichtung des selbständigen Außenministeriums. Er forderte für das Königreich die zollpolitische, die bankpolitische Unabhängigkeit schon für den Jahresablauf von 1918. Er warf unmittelbar nach der Versicherung an der Spitze die „Pragmatische Sanktion“ in ihren Grundfesten um.

Unlogisch nannte der Reichsfinanzminister den Entwurf. Man könne die Heilighaltung der Sanktion nicht versichern, wenn man sie im nächsten Atemzug in ihren wesentlichen Bestimmungen vernichte. Er kämpfe nicht für das Fortbestehen einer Formel. Karls VI. Vermächtnisgedanke verlange die Unteilbarkeit und Untrennbarkeit der Monarchie. Zwei Außenminister schlossen sie noch mehr aus als zwei gesonderte Armeen. Der Vermächtnisgedanke fordere gemeinsame, einheitlich festgefügte Vertretung und Verteidigung nach außen. Aber der Minister suche, da die Verhältnisse so weit gediehen seien, nach Zugeständnissen, die gleichwohl die „Pragmatische Sanktion“ unverletzt ließen. Zu eigenen Zöllen und zu eigenem Bankwesen könne das Königreich auch ohne Gefährdung des Reichsfundamentes gelangen. Auch der österreichisch-ungarische Ausgleich vom Jahre 1867 stehe der allmählichen wirtschaftlichen Trennung nicht im Wege. Vielleicht könne der „Minister am allerhöchsten Hoflager“ (nach dem Muster der 48er Verfassung) mit erhöhten Vollmachten und besonderer Verantwortlichkeit für die auswärtigen Angelegenheiten beider Reiche bekleidet werden.



Der Ministerpräsident Freiherr von Hussarek stimmte dem Reichsfinanzminister zu. Indes trat er dem ungarischen Ministerpräsidenten nicht entgegen. Er vertrat die Ueberzeugung, daß die dualistische Staatsform der Monarchie nicht lange mehr haltbar sei. Auch wies er dem Reichsfinanzminister gegenüber auf den Minister des Aeußeren Grafen Burian hin, der sich kaum besonders dafür einsetzen werde. Zu Baron Hussarek hatte Graf Burian selbst von einem „Dammbruch der Pragmatik“ gesprochen. Jetzt schwieg er. Zur Entscheidung der Armeefrage steuerte auch der Reichskriegsminister keine Meinung bei. Eigentlich stand der Reichsfinanzminister als Bannerträger der pragmatischen Sanktion allein.

„Wenn es ruhiger wird“, suchte Dr. Wekerle ihn zu beschwichtigen, „wird sich alles wieder einrenken. Jetzt brauche ich die Zugeständnisse als Futter für die Unabhängigkeitsparteien.“

Er betonte dem Reichsfinanzminister nochmals, daß die Aufrechterhaltung der „Sanktion“ feierlich im Entwurf verbürgt sei. Von seinen Forderungen könne er auch die sofortige wirtschaftliche Trennung nicht streichen. Kurz: die beiden Gegner fanden keine Brücke. Vielleicht hätten Wekerle und Graf Burian, die beiden Ungarn, es vorgezogen, sich überhaupt nicht in einem Ministerrate über das Thema auszusprechen. Aber der Kaiser hatte ihn angeordnet. So wurde eine Form erfüllt, die an beschlossenem Inhalt für sie nicht rührte. Uebrigens rief jetzt alle Minister der Kaiser zu sich.

Der Kaiser wollte sich mit seinen Räten über die Haltung gegenüber dem Präsidenten Wilson klar werden, dessen Antwort auf das österreichisch-ungarische Waffenstillstandsangebot eingetroffen war. Das lange Schweigen des Präsidenten hatte Kaiser Karl als günstiges Vorzeichen



aufgefaßt. Graf Burian hatte ihn darin bestärkt. Baron Arz hatte gezweifelt:

„Ich kann kein günstiges Vorzeichen sehen. Wenn man jemand wohl will, läßt man ihn nicht drei Wochen warten.“

Jetzt beriet der Kronrat neue Mitteilungen an den Präsidenten Wilson. Und die südslawische Frage beschäftigte ihn weiter, die das kaiserliche Manifest nicht gelöst hatte. Aber an Klärungen brachte der Kronrat doch nur eine, — das erschütternde Eingeständnis des Chefs des Generalstabes Baron Arz:

„Die Armee wird in wenigen Tagen bolschewisiert sein. Sie wird sich sengend und plündernd über das Land zurück ergiessen“ — —

Der Reichsfinanzminister versuchte noch einmal mit großem Nachdruck seinen Kampf um die pragmatische Sanktion vor dem Kaiser. Aber da überraschte der Außenminister Graf Burian. Er trat plötzlich zu Wekerle über. Er war plötzlich nur für den „Dammbruch der Pragmatik“. Vorsicht blieb die Haltung des österreichischen Ministerpräsidenten; Zurückhaltung übte der Kriegsminister. Die ungarische Entwicklung, die ungarischen Ereignisse sollten fortrollen von selbst. — — Im Treppenflur scherzte, da die Minister aus dem Kronrat entlassen waren, der ungarische Premier freundschaftlich über die Angriffskunst und pragmatische Beschlagenheit des Reichsfinanzministers. Mit bitterem Witz zog Baron Spitzmüller die Uhr:

„Jetzt ist es halb eins. Wir haben allenfalls noch Zeit, zu speisen. Aber dann müssen wir, darnach, was Arz uns eröffnet hat, sofort um Frieden bitten.“

Jede Stunde erhöhte jetzt in Ungarn die Macht eines einzigen Mannes: Michael Karolyis. Und grell stand sie im Lichtstrahl, da der Blitz in die Staatskunst ungarischer



Vergangenheit — vor dem Premier des alten Systems — am 23. Oktober wirklich herniederfuhr. Ein Kroatenregiment hatte in Fiume, im „Corpus Separatum der ungarischen Krone“, ungarische Honved entwaffnet, der Polizei einen Kampf geliefert, die Grenzgendarmarie niedergeworfen — die offene Erhebung Kroatiens war da: der Abschied von Ungarn durch klare Gewalt. Graf Karolyi hatte die Depesche dem Hause gereicht. Und der Furor war jetzt entfesselt. Ungarische Empörung schrie und ungarischer Hohn von allen Bänken, bebende Entrüstung, die ganz vergaß, daß die Staatskunst der Schreier selbst seit Jahrzehnten das oft gemalte Unheil heraufbeschworen hatte:

„Das sind die Kroaten! Das sind die treuen Kroaten!“

Noch anderer Zwischenfall hatte das Fieber an jenem Tage entzündet. Die Todsünde, daß zur Feier des Herrschers das „Gott erhalte“ gespielt wurde, jene verabscheuenswerte, auf ungarischem Boden verfemte österreichische Hymne, die jedem Ungarn in der Erinnerung an 1848 noch 1918 das Blut zu Kopfe treiben und ihn zu allen Zeiten nur zu dem einen stacheln mußte, wie sehr er das ihm verbundene Oesterreich hassen und herabziehen, im Tiefsten treffen und schädigen sollte: die Todsünde war am gleichen Morgen im ungarischen Debreczin, als der König dort die neue Universität einweihte und die Front der Ehrenkompagnie abschritt — ein üblicher Akt —, als vorgeschriebener Gruß von seinen Soldaten verübt worden.

Und alle Parteien rasten: das Fieber wurde Paroxismus. Jetzt endlich stürzte endgültig der Premier. Oesterreichischen Geist hatte er noch immer nicht von ungarischer Erde zu bannen gewußt. Und unter ihm drohte die Integrität jetzt wahrhaftig noch zu fallen. Nie war das Vaterland in größerer Gefahr. Alle Parteien mußten ihren Zwist begraben. Alle Parteien mußten das Land retten. Uralte Widerstände sanken in Sekunden. Noch ehe er ging, kün-



digte der Premier selbst die Notwendigkeit an, niemand mehr im Stephansreich das Wahlrecht zu versagen. Nicht bloß Graf Apponyi verlangte als neue Regierung die Sprecher der „Gesamtheit der Nation“, zu denen er nunmehr auch die Vertreter aller Völker und Klassen ohne Unterschiede rechnete, denen die Stimme im Parlament bisher verwehrt war. Alle verlangten es — —

Michael Karolyi aber erwog am Abend des erhitzten Tages in seinem Palais die Schaffung eines „Ungarischen Nationalrats“. Apponyi beriet mit ihm und Andrassy. Graf Karolyi begehrte die Ministerschaft für sich. Nur seine Botschaft radikaler Freiheiten, nur die ganze Abkehr vom Gewesenen, die auch die Gegner milde machte, war die Rettung des Königreichs. Unter Umständen wollten die Magnaten die Ministerschaft unterstützen. Vielleicht gab Karolyi Bürgschaften, die das Schlimmste an staatlicher Umkehrung ausschlossen. Der König eilte nach Gödöllő.

Das Schloß sah Empfang um Empfang. Drei Tage verhandelte der König mit Karolyi. Michael Karolyi war — niemand konnte es mehr abstreiten — der Mann des größten Volksvertrauens geworden. Ueber die Kabinettsbildung verhandelte der König auch mit den Grafen Apponyi und Hadik. Sie lehnten ab. Die Auffahrt der Staatsmänner, der Würdenträger, der Politiker wurde jetzt endlos. Zur Kabinettsübernahme entschloß sich unter ihnen keiner. Sie alle nannten einen einzigen Kandidaten: Karolyi — —

Aus Wien sprach Freiherr von Hussarek mit dem Kaiser. Der Augenblick war gekommen, da das österreichische Kabinetts zu Reichsliquidation und Friedensschluß wirklich an Professor Lammasch übergehen sollte. Vorbereitungen für seine Berufung, die namentlich Prinz Windischgrätz bei Kaiser Karl unterstützt hatte, waren zu treffen.



Aber der Kaiser lehnte die Heimreise ab. Der Minister fuhr selbst nach Gödöllö. Der Chef des Generalstabs traf dort ein. Er brachte Berichte von der Front. Indes leistete Graf Julius Andrassy in dem Lustschloß seinen Eid als Minister des Aeußeren. Die „Neuorientierung der äußeren Politik“ und der Irrtum über Wilsons Note hatten den Grafen Burian endlich weggeweht. Noch war Andrassy k. u. k. Minister: letzter Sprecher der Monarchie als kriegführende und verhandelnde Macht. Daß er Ungar war, mochte Ungarn versöhnen. Vielleicht würde er dann auch erster selbständiger Außenminister des Königreichs. Da er nach Wien abzureisen gedachte, wurde ihm ein revolutionärer Anschlag auf die königliche Burg noch für die gleiche Nacht aufgedeckt. Den Handstreich erstickte der Stadtkommandant noch im Keim. Der Minister des Aeußern fuhr nach Wien.

Die ungarische Krise fand keine Lösung. Aber mit Siedehitze drängten in sie jetzt noch die Krisen Oesterreichs. Der Kaiser brach den Aufenthalt in Gödöllö ab. Er reiste schleunigst nach Schönbrunn. Da Graf Karolyi noch einmal vor ihm erschienen war, hatte er ein königstreues Kabinett, mit ihm selbst an der Spitze, dem König zugesagt. Der König knüpfte jetzt die Ernennung des Grafen an einigende Aussprachen Karolyis mit Professor Lammasch und mit Graf Andrassy. Obgleich der Anschlag der vorangehenden Nacht vereitelt war, blieb die Stimmung in der Hauptstadt unsicher. Der König nahm den Grafen Karolyi in seinen Hofzug. Karolyis Anhänger verhielten sich ruhig. So glückte zugleich die kaiserliche Reise.

Vieles mochte den Kaiser bewegen. Alles sah er bedroht. Sein Manifest hatte versagt. Obauch mancher Tschechenführer ihn bestärkt und der Südslawenbischof Jeglic ihm noch acht Tage vor dem Staatsakt in feierlichem Schreiben versichert hatte, daß er auch ein selbständiges Südslawen-



reich sich nie anders denken könne als unter Habsburg. Alles sah der Kaiser jetzt in Schiffbruch. Noch schien die königliche Krone Ungarns die sicherste: trotz Michael Karolyi, der sie selbst nicht antasten, der nur die Truppen in die Heimat rufen und den Bruch mit Deutschland wollte. Den Bruch mit Deutschland wollten freilich fast alle auch in Oesterreich: die Tschechen wie die Südslawen. Deutsch-Oesterreich war einsam. Ein Kahn im wilderregten Meer.

An einem Sonntagmorgen — am 27. Oktober — traf der Kaiser in Wien ein. Ihn fragte der Chef des Generalstabs fast verstört:

„Sie sind doch mit Karolyi gekommen, Majestät!“

Aber der Kaiser wich aus. Jetzt nannte der Chef des Generalstabs die Berufung des Grafen ein Unglück. Die ungarische Krise lief weiter auch in Schönbrunn. Der Kaiser sprach mit Baron Szurmay. Und wieder mit dem Grafen Hadik. Zwischendurch beriet er mit Erzherzog Joseph. Denn Graf Karolyi war in Verstimmung sofort abgereist: sich mit dem Grafen Andrassy zu beraten, hatte er selbst in Wien sich wieder überlegt, — sich mit ihm zu beraten, hatte Professor Lammasch verweigert. Den König hatte er, ein im Hofzug von allen gemiedener Gast, nicht mehr gesprochen. In Schönbrunn aber stand das Telephon nicht einen Augenblick still. Abends schien die Kandidatur Hadiks als ungarischer Premier endlich gesichert. Der Chef des Generalstabs hörte es erleichtert. Und auch Freiherr von Hussarek atmete auf. Er selbst gab jetzt die Demission. Professor Lammasch wurde ernannt. Die Ereignisse preßten sich ungeheuerlich in den Tag. Der neue Minister des Aeußeren, Graf Andrassy, suchte noch nachts halb zwölf Uhr Freiherrn von Hussarek in seiner Wohnung auf. Er wolle mit ihm über eine Sondernote an den Präsidenten der Vereinigten Staaten verhandeln. Aber Freiherr von Hussarek mußte bedauern:



„Ich stehe in Demission. Der Gegenstand wäre mit Professor Lammasch zu besprechen. Ich kann ihn nur zur Kenntnis nehmen.“

Freiherr von Hussarek hatte noch bis in die jüngste Zeit die Erinnerung an kaiserliche Aussprüche, die jeden Sonderschritt weit von sich gewiesen hatten. Der Minister des Aeußeren verabschiedete sich. Daß er den österreichischen Ministerpräsidenten noch aufgesucht hatte, konnte lediglich von formaler Bedeutung sein. Denn nur dem Namen nach war Freiherr von Hussarek noch Chef des Kabinetts, solange Professor Lammasch als sein Nachfolger nicht vereidigt war. Aber die Uebernahme der Regierung hatte der Professor, als sich der Kaiser telegraphisch aus Gödöllö an ihn wandte, an verschiedenerlei Bedingungen geknüpft. Er hatte Bürgschaften vom Kaiser verlangt, die seiner pazifistischen Politik nach innen wie nach außen entsprachen. Er hatte die Absage an das Deutsche Reich gefordert, ein getrenntes Marschieren für die Monarchie, da er nur so das endliche Friedensziel und das für die Monarchie bessere Friedensziel erreichbar glaubte. Mit dem Kaiser hatte dann Graf Andrassy noch in Gödöllö, ohne Freiherrn von Hussarek oder dem Chef des Generalstabes, als sie ihn aufsuchten, das Thema oder seine Absicht auch nur anzudeuten, darüber die endgültigen Beschlüsse gefaßt. Ein einziges Ziel sah Graf Andrassy: die österreichisch-ungarische Monarchie zu retten. Noch in den politischen Kämpfen von 1907, die erbittert die beiden Reichshälften gegeneinander ausgefochten hatten, war der ungarische Magnat, der Sohn des großen Dreibundmitbegründers Julius Andrassy, bei Hofe, bei Kaiser Franz Joseph fast als ein Rebell geschmäht. Jetzt dachte und sprach, jetzt wollte er nur handeln als Habsburgs letzter, verlässlicher Bannerträger. Bestimmte Hoffnungen, Zusagen Marschall Fochs, der gerade die habsburgische



Monarchie nicht vernichtet wissen wollte, deuteten für ihn nach dem Westen. Er sah die Mittelmächte verloren. Jetzt wollte er, der verlästerte Rebell, es übernehmen, treulos am Bunde zu sein, aus Ritterlichkeit gegen den König. Ihm war der ethische Preis, um den er dem Kaiser und König das Reich rettete, einerlei in dieser Stunde und nur von eigenem Urteil bewertet. Aus Gödöllö hatte, am 26. Oktober 1918, Kaiser Karl an Kaiser Wilhelm eine Depesche gesendet:

„Teurer Freund.

Es ist Meine Pflicht, Dir, so schwer es Mir auch fällt, zur Kenntnis zu bringen, daß Mein Volk weder imstande, noch willens ist, den Krieg weiter fortzusetzen.

Ich habe nicht das Recht, mich diesem Willen zu widersetzen, da Ich nicht mehr die Hoffnung auf einen guten Ausgang hege, für welchen die moralischen und technischen Vorbereitungen fehlen, und da unnützes Blutvergießen ein Verbrechen wäre, das zu begehen, Mir Mein Gewissen verbietet.

Die Ordnung im Innern und das monarchische Prinzip sind in der ernstesten Gefahr, wenn wir dem Kampf nicht sofort ein Ende bereiten.

Selbst die innigsten bundesbrüderlichen und freundschaftlichsten Gefühle müssen vor der Erwägung zurückstehen, daß Ich den Bestand jener Staaten rette, deren Geschick Mir die göttliche Vorsehung anvertraut hat.

Deshalb kündige Ich Dir an, daß Ich den unabänderlichen Entschluß gefaßt habe, innerhalb 24 Stunden um einen Separatfrieden und um einen sofortigen Waffenstillstand anzusuchen.

Ich kann nicht anders, Mein Gewissen als Herrscher befiehlt Mir, also zu handeln.

In treuer Freundschaft  
Karl.“



Die Sondernote des Grafen Andrassy verließ noch in der Nacht vom 27. zum 28. Oktober den Ballhausplatz. Nicht alle gemeinsamen Minister waren über ihren Text befragt worden. Dem österreichischen Ministerrat war sie überhaupt weder vorgelegt, noch mitgeteilt worden. Am Morgen nach der Absendung billigte sie Professor Lammasch seinem scheidenden Vorgänger gegenüber, wenn auch in Sorge, daß die Form, die er milder gewünscht hätte, deutsche Empfindlichkeiten verletzen werde. Es hieß in der Note Andrassys:

„Die österreichisch-ungarische Regierung erklärt sich, ohne das Ergebnis anderer Verhandlungen abzuwarten, bereit, in Verhandlungen über einen Frieden zwischen Oesterreich-Ungarn und den gegnerischen Staaten und über einen sofortigen Waffenstillstand an allen Fronten Oesterreich-Ungarns einzutreten“ — —

Alle Bedingungen wollte die Note annehmen. Sie lief über Stockholm nach Washington. Sie mußte dort zugleich die Note des deutschen Staatssekretärs Solf antreffen, die dem Präsidenten die Unterordnung der deutschen militärischen Gewalten unter den Volkswillen anzeigte. Deutschland schien schwerwiegendste Verfassungsänderung, dem Kaiser von Oesterreich der Sonderfrieden vielleicht die letzte Rettung. Der Kaiser gab den Kriegsgefährten preis: indes „die Ordnung im Innern“ der Monarchie, „der Bestand der Staaten“, die er retten wollte, sich schon als Chaos zeigten.

Denn nach den Evangelien von Wilsons Weltbotschaft feierte die Mündigkeit der Völker jetzt den vollendeten Triumph. Seine Macht hatte der Präsident nicht nur in Deutschland so weit fortgeführt, daß er dem deutschen Volke die Verfassung änderte; daß er dem Kaiser dort den Kampf ansagte, daß er eine ihm genehme Staatsform



zu erzwingen im Begriffe war und so eigentlich die Mündigkeit des deutschen Volkes damit begann, daß er es entmündigte. Seine Macht hatte nicht nur die Männer des alten Systems in Deutschland alle gestürzt und unschädlich gemacht, eine Heerschar von Ratgebern und Ministern, darin auch Kanzler und Generalquartiermeister nicht fehlten. Seine Macht triumphierte auch in der Freiheit und Selbstbestimmung der Völker Oesterreich-Ungarns. Die freigewordenen Tschecho-Slowaken forderten die Herrschaft über dreieinhalb Millionen Deutsche, die geschlossen auf böhmischer Erde wohnten. Ueber Ruthenen, Magyaren, Polen zugleich sollte das neue, nationale tschechoslowakische Banner wehen. Frei sahen sich endlich auch die Südslawen. Sie begehrten das deutsche Banat, das italienische Fiume, das italienische Triest als natürlichen Inhalt neuer, nationaler Grenzen. Nur die Mündigkeit erfüllte jetzt die Völker der Monarchie. Noch ehe die Waffen sanken, schrie und überschrie sie sich grell. Vor einem vollständigen Siege schien Woodrow Wilson zu stehen. Der Kampf ging offenbar dem Ende zu. Der Bund der Mittelmächte war gesprengt. Oesterreich-Ungarn war von Deutschland abgefallen. Ungarn von Oesterreich. Kroatien von Ungarn. Alle Völker von Oesterreich. Die Mündigkeit wurde Hexensabbat. Im Rausch von Freiheit und Selbstbestimmung, der ein Rausch von nie geahnten Eroberungen war, hatten vor allem die Völker der zerschmetterten Monarchie an die Waffen überhaupt nicht mehr gedacht. Nur der Präsident der Vereinigten Staaten, der über die Einstellung der Feindseligkeiten in seiner Note nichts gesagt hatte, nur seine Verbündeten erinnerten auch an sie.

An der Südwestfront hatten am 24. Oktober Engländer, Franzosen, Italiener angegriffen. Bei Vittorio am Jahres-



tage des Durchbruchs von Tolmein. Dort schlug ein Heer ohne Heimat jetzt die letzte schwere, im Ausgang nicht mehr zweifelhafte Schlacht der österreichisch-ungarischen Armee.

Die Stunde des Zusammenbruchs war da. Die Auflösung begann.